

# Aus Zeit und Streit

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **11 (1931-1932)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **27.06.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Aus Zeit und Streit

**Einer, der die Dinge grundsätzlich auf den Kopf stellt!**

„Wenn Gott „mächtig im Streit“ bleibt, so ist der Völkerbund ohnmächtig. Das liegt zu Tage. Es braucht keine besondere Geschicklichkeit, um das zu sehen. Seine Unfähigkeit, die Sanktionen gegen Japan zu vollziehen, und seien es auch bloß die wirtschaftlichen, bedeutet den Bankrott seiner bisherigen Form...

Was nun? Sollen wir den Völkerbund preisgeben? Davon kann keine Rede sein... Die Lehre, die wir aus diesen Ereignissen zu ziehen haben, ist vielmehr ganz deutlich die, daß wir an Stelle der zusammengebrochenen Notkonstruktion einen neuen, solideren Bau errichten müssen.

Das ist's, was nun die Franzosen versuchen. Der Völkerbund soll auf neue Grundlagen gestellt werden. Er soll aktiviert werden; er soll die Mittel in die Hand bekommen, seinen Beschlüssen Nachdruck zu verleihen. Die Völkerbundspolizei und Völkerbundsarmee sollen geschaffen werden und damit erst eine Exekutive des Völkerbundes und die Möglichkeit wirksamer Sanktionen...

Es sind das alte Pläne. Ihre letzte Gestalt, das sog. Genfer Protokoll, dem auch wir Antimilitaristen, mit einigen Vorbehalten, zugestimmt hatten, ist durch die englischen Tories zu Fall gebracht worden, welche mit den Amerikanern die wirklichen Hauptfeinde der Weltbefriedung sind und nicht die Franzosen, wie man törichterweise immer behauptet.

Das Sicherheitsproblem hat auf alle Fälle einen Kern von Berechtigung... Man pflegt zu behaupten, Frankreich verstehe unter seiner Sicherheit lediglich die Stabilisierung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Verhältnisse. Das ist jedenfalls nur teilweise richtig. Man müßte diese Behauptung zunächst umkehren und sagen: der Versailler Vertrag und die durch ihn bedingte Situation sind gerade aus dem Streben Frankreichs entstanden, sich Sicherheit zu verschaffen.

Ein recht perfider Feind der Abrüstung bleibt — das Milizsystem... Wir unsererseits haben seit Jahren in den „Neuen Wegen“ und außerhalb ihrer

diesen Kampf (dagegen) geführt. Mein Artikel „Ist das Milizsystem ein Schutz gegen den Militarismus?“ hat als Flugblatt im Ausland eine Massenverbreitung gefunden. Nun geben wir von der „Zentralstelle“ aus sozusagen eine „neue, erweiterte und verbesserte“ Auflage dieser Erklärung heraus unter dem Titel „Dient das Milizsystem dem Frieden?“ Es sollte massenhaft verbreitet werden, im Ausland, aber auch bei uns, wo der Milizmythos noch so viele verhindert, die Wirklichkeit der Dinge zu sehen.“

\* \* \*

Also der Bankrott des Völkerbundes liegt zu Tage. Folge: Es lebe der Völkerbund! Man errichtet einfach an Stelle der bisherigen „Notkonstruktion“ einen „soliden Bau“.

Gibt es etwas Einfacheres als das? Warum war denn bisher der Völkerbund im ostasiatischen Krieg in erster Linie unfähig, dem Überfallenen Schutz zu gewähren und gegen den Angreifer Sanktionen zu vollziehen? Weil Frankreich, das auf Seite Japans stand, es nicht zuließ. Also spiele man den Völkerbund noch vollständiger in Frankreichs reichs Hand — indem man die Militärmacht Frankreichs und seiner Bundesgenossen zur Völkerbundsarmee erhebt. Dann wird der Völkerbund sicher nicht ein zweites Mal zögern, Sanktionen — gegen den Überfallenen zu vollziehen!

„Es sind das alte Pläne“. Sehr richtig. Eine gewisse Sorte von Antimilitaristen und Pazifisten kann sich nun einmal den europäischen Frieden nicht anders gesichert vorstellen, als wenn Frankreich den Völkern Europas seinen Küraffierstiefel auf dem Nacken hält! Deshalb sind auch die Engländer und Amerikaner, die an diesem Schauspiel keinen Gefallen finden, „die wirklichen Hauptfeinde der Weltbefriedung“.

Frankreichs Sicherheitsbedürfnis hat „auf alle Fälle einen Kern von Berechtigung“. Selbstverständlich. Denn dann ist auch seine, auf der Unterdrückung von hundert Millionen europäischer Menschen beruhende Vorherrschaft über Europa berechtigt. Es hat diese — „den Versailler Vertrag und die durch ihn bedingte Situation“ — ja nur erstrebt, um „sich Sicherheit zu verschaffen“.

Wie stellt sich alles anders dar, wenn es ums eigene Land geht! Dient das gewaltige Kriegswerkzeug Frankreichs und seiner Verbündeten als Völkerbundsarmee nur dem Weltfrieden, so ist umgekehrt die schweizerische Milizarmee ein Werkzeug des Militarismus, ein „perfider Feind der Abrüstung“. Durch Massenauslagen von Flugblättern muß im In- und Ausland der „Milizmythus“

zerstört werden. Denn er verhindert, „die Wirklichkeit der Dinge zu sehen“.

Nach der Art zu schließen, wie Leonhard Ragaz, dessen Monatsbericht im Februarheft der „Neuen Wege“ obige Ausführungen entnommen sind, „die Wirklichkeit der Dinge sieht“, scheint allerdings die politische Blindheit wesentlich anderen Ursprungs zu sein! D.

### Wie die Wirklichkeit der Dinge wirklich ist.

„André Tardieu hat geschickt gehandelt, als er den in Genf versammelten Mächten eine solide Grundlage für ihre Erörterungen über den Frieden vorschlug. Er zeigte, daß Frankreich unter gewissen Bedingungen dem Grundsatz der Abrüstung keineswegs feindlich ist, aber man muß eingestehen, daß sein Olivenzweig für den Großteil der Länder, mit Ausnahme derjenigen, die durch die Notwendigkeit in die Bahn Frankreich gezwungen werden, der Oliven zu entbehren schien. Und so zeigte sich einmal mehr die politische Vereinsamung dieses Staates mit einer Deutlichkeit, über die die Franzosen sich zu beunruhigen Grund haben. . . Frankreich hat Achtung vor den Verträgen. Es bildete sich nicht ohne Naivität ein, daß die Mitunterzeichner von Versailles ihre ganze Kraft für die Aufrechterhaltung dieses Vertrages und der andern aufs Spiel setzen würden. Es hat schließlich einsehen müssen, daß dem nicht so war. Großbritannien und die Vereinigten Staaten sind sogar in das Lager der Revisoren übergegangen. . . Diese Konstellation ist eine Tatsache, die verwirrendste Tatsache der augenblicklichen Lage. Es wäre unverantwortlich, wenn Herr Tardieu in Genf nicht durch das Schauspiel der französischen Vereinsamung betroffen worden wäre. Frankreich hatte während des Krieges alle Herzen hinter sich. Diese Herzen wenden sich heute schamlos ändern zu. Gewiß liegt in diesem moralischen Verrat viel Unge-

rechtigkeit, aber er ist eine Tatsache. . . Ich glaube nicht an den nächsten Krieg, aber der politische Beobachter muß sich, um die Probleme richtig zu beurteilen, immer fragen: „Was würde geschehen, wenn der Krieg morgen ausbrechen würde?“ Nun, es würde das geschehen, daß Frankreich, allein oder nur von zu weit von ihm entfernten Mächten unterstützt, große Gefahr liefe, aus einer neuen kriegerischen Auseinandersetzung weniger glücklich hervorzugehen als 1918. . . . Es ist vollständig offensichtlich, daß ein feindliches Italien, ein feindliches Deutschland, ein abgeneigtes und bis zur Feindschaft kaltes England die Einkreisung bedeuten, wie Wilhelm II. sagte. Aber die Einkreisung Frankreichs“.

Dem Verfasser dieser Ausführungen in der „Gazette de Lausanne“, Mauriceuret, kann man sicherlich nicht den Vorwurf mangelnder Zuneigung zu Frankreich machen. Gerade aus Sorge um Frankreichs zukünftiges Schicksal macht er vielmehr seine Feststellungen. Was ihm fehlt, ist höchstens die Erkenntnis der wahren Gründe für die von ihm festgestellte zunehmende politische Vereinsamung Frankreichs. In der deutschen Schweiz jagt man aber entweder so sehr politischen Phantomen nach oder ermangelt so jeglicher politischen Erkenntnis- und Urteilsfähigkeit, daß man diese neue Grundtatsache der weltpolitischen Lage — das „Schauspiel der französischen Vereinsamung“ — überhaupt nicht sieht (oder nicht sehen will!). D.

### Eine Austrittsbewegung.

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat an den Bundesrat bei Anlaß der Tagung der außerordentlichen Völkerbundsversammlung einen Brief gerichtet, der unter anderem folgende Forderungen und Drohungen enthält:

„Die Stunde ist gekommen, da der Völkerbund die Versprechen einlösen muß, die von seinen Gründern den Völkern gegeben wurden. Möge der Bundesrat einsehen, daß ein schwächliches Verhalten des Völkerbundes den Rest des Vertrauens, das der Völkerbund heute

noch bei den Völkern genießt, vernichten müßte.

Wir verlangen daher, daß die schweizerischen Vertreter in der Völkerbundsversammlung in deutlicher, klarer und auch für das Volk verständlicher Sprache das Recht gegen die Gewalt... verteidigen, daß sie im Sinne unserer Forderungen, die nichts anderes sind, als die Konsequenz aus dem Völkerbundsvertrag und aus den dem Schweizer Volk beim Eintritt in den Völkerbund abgegebenen Versprechen, entschieden und

klar die Interessen der Schweiz... wahren.

Ein Abweichen von dieser Linie... müßte in der schweizerischen Arbeiterschaft alle Völkerbundsprobleme vollständig neu aufwerfen; die Frage müßte mit aller Gründlichkeit und Rücksichtslosigkeit erwogen werden, welchen Wert der Völkerbund unter diesen Verhältnissen noch für die schweizerische werktätige Bevölkerung haben könnte."

### Eine Demaskierung.

Bekannt sind die scheußlichen, nahezu beispiellosen Greuelstaten, die der polnische Staat an seinen ukrainischen Bürgern in Ostgalizien seit Jahren vorzunehmen liebt. Die neutrale (d. h. die englische, damit keine Verwechslung entsteht) Presse hat diese Dinge mit Hingebung untersucht und zu zweifelsfreier Feststellung gebracht. Nun hat der Völkerbund, durch mehrere Verträge zur Überwachung verbunden, die Beschwerden der Ukrainer unter den Tisch gewischt. Der Warschauer Berichterstatter der „Neuen Zürcher Zeitung“ bemerkt dazu in Nr. 252:

„Eins steht jedenfalls fest: das Vertrauen der Ukrainer zum Völkerbund, das besonders in der letzten Zeit sehr

groß war, ist völlig erschüttert. Es ist daher durchaus möglich, daß schließlich auch die Ukrainer sich entschließen, direkt mit der polnischen Regierung zu verhandeln. Wenn das eintreten sollte, dann wäre man vollauf berechtigt, den Entscheid des Völkerbundsrates als eine glückliche Lösung zu bezeichnen.“

Das heißt also in schlichtem Deutsch: Es ist sittliche Aufgabe des Völkerbunds, diejenigen vergewaltigten Idealisten, die an seine Fähigkeit und Willigkeit glauben, Vertragsbrüchen und Gewalttaten zu steuern, vom Gegenteil zu überzeugen, damit sie sich ihren Peinigern unterwerfen und wieder Ruhe und Ordnung im französischen Versailles-Europa herrscht. E.

### Wer weiß das?

Im ersten Nationalrat des neuen Bundes besaß dank geschickter freisinniger Wahlgeometrie die nichtfreisinnige Opposition nur etwa 30 bis 40 Stimmen auf insgesamt ungefähr 120.

Daß Bern Bundessitz würde, dafür stimmten nur 58 von 100 Nationalräten.

Das Bundespalais wurde erst 1858 von der Bundesversammlung bezogen. Vorher hatte sie im Kasino, im Großratsaal und im ehemaligen Tagungssaal getatet.

1850 zählte die Schweiz eine Bevölkerung von 2 390 116, davon 68 946 Ausländer (2,9 %).

Die schweizerischen Juden wurden 1662 durch Tagungsbeschluss aus allen Orten der Eidgenossenschaft verbannt

und nach der Grafschaft Baden verwiesen. Mit dieser gingen sie 1803 an den neu geschaffenen Kanton Aargau über. Sie bildeten in den Ortschaften Lengnau und Oberendingen, auf die sie 1809 beschränkt worden waren, besondere Korporationen mit eigenen Organen, ohne zivilrechtliche Beschränkungen und mit Militärpflicht, aber ohne Ortsbürgerrecht.

Vor 1848 gab es in der Eidgenossenschaft über 400 **Binnengebühren**, d. h. Geleitzölle, Fuhrleiten, Umgelder, Marktölle, Weg-, Tor-, Brücken-, Pflastergelder usw. usw.

Die schwierigsten Vereinheitlichungsfragen des neuen Bundes, die des **Sollwessens** und die des **Münzwessens**, lösten zwei Basler: Achilles Bischoff und Johann Jakob Speiser. Sie gehörten der Partei des „juste milieu“ an. Ange-

sichts der ungeheuren regionalen Widerstände, die beide Vereinheitlichungen erweckten, kann man sich der Vermutung nicht erwehren, daß in beiden Fällen der Verfassungsartikel ein toter Buchstabe geblieben wäre, hätte es damals schon ein Referendum gegeben!

An Postverwaltungen gab es 18 vor der neuen Verfassung! Sie „standen einander wie fremdländische Postanstalten gegenüber, ermangelten einheitlicher Bestimmungen und jedes Ineinandergreifens des Dienstes.“ — Ein Brief von Genf nach Zürich kostete mehr als einer nach Algier.

Der „monetariische Mugiasstall“ bestand anno 1840 aus Folgendem: es gab auf dem Gebiete der Schweiz zehn verschiedene einheimische Münzsysteme, dazu das französische in der westlichen, das süddeutsche in der östlichen Schweiz. Total zwölf.

1862 war kaum ein Fünftel der schweizerischen Bahnen in guten Verhältnissen. Und nur zwei rentierten.

Der neue Sinn der Schweiz wird zum erstenmal 1859 amtlich erwähnt, nämlich, daß sie „drei verschiedene Nationalitäten in Freiheit und Freundschaft verbinde.“

Im Jahre 1848 hielt eine Mehrheit des Nationalrats die Schaffung einer eidgenössischen Universität für dringlicher als die einer polytechnischen Schule. — Wie groß ist aber heute die Minderheit, die überhaupt nur weiß, daß das Recht zu ihrer Errichtung einer der vielen toten Buchstaben unserer Verfassung ist?

Als Stämpfli in die Berner Regierung eintrat, war er 26jährig. — Da staunt die heutige Gerontokratie!

Als infolge des Neuenburgerhandels Ende 1856 ein Krieg mit Preußen in

die Nähe gerückt schien, dichtete Henri Frédéric Amiel, der Verfasser des „Journal intime“, das „Moulez, tambours!“ und John Kuegger übersetzte „Rufft du, mein Vaterland“ von J. R. Wyß, das erst jetzt zur Nationalhymne wurde. (Und die Moral? Aus Furcht und Begeisterung entstehen Nationalhymnen, nicht aus Preisaus schreiben!)

Um diese Zeit war General Dufour mit Billigung des Bundesrates zur Offensive von Schaffhausen aus entschlossen. — Die italienische Volkspartei bot dem Bundesrat 20 000 Freiwillige an.

Um 1850 verjah die schweizerische Landwirtschaft  $\frac{5}{6}$  der Bevölkerung mit Brot!

Es war einst in der Waadt davon die Rede, das Waadtland als unabhängige Republik unter die Schutzherrschaft Frankreichs oder Englands zu stellen. — Weil die anderen die gewünschte Eisenbahnlinie gekriegt hatten!

Im Krieg 1870/71 verhüllte der zahlenmäßig und zeitlich imposante Aufmarsch der schweizerischen Truppen an der Grenze glücklicherweise den Fernerstehenden die bedenklichen Schwächen ihrer Bereitschaft. „Aber es war in Wahrheit ein gnädiges Geschick, das der schweizerischen Armee die verhängnisvolle Probe auf die wirkliche Widerstandskraft ersparte.“ (Und 1914? In der neueren Schweizergeschichte muß bedenklich oft mit dem „gnädigen Geschick“ operiert werden. Nicht unmöglich, daß sich auch diese Gnade einmal erschöpft.)

(Zusammengestellt nach Hans Schneider: Geschichte des schweizerischen Bundesstaates: 1848—1874; Verlag E. Waldermann, Zürich, 1931; 6. Bd. Dierauer; von P. L.)

---

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Hans Dehler. Schriftleitung, Verlag und Versand: Zürich 2, Stoderstr. 64. Druck: A.-G. Gebr. Leemann & Co., Stoderstr. 64, Zürich 2. — Abdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift ist unter Quellenangabe gestattet. — Übersetzungsrechte vorbehalten.

---